



Bielefeld, den 10. Februar 2025

Presseinformation:

Die vier Bielefelder Umweltverbände fordern Klarheit zum Schutz der Johannisbachaue und gegen eine Zerstörung durch die geplante ICE-Neubaustrecke

Seit mehr als dreißig Jahren ist die Johannisbachaue zwischen Viadukt und dem Ortsteil Brake in der Diskussion der Bielefelder Politik. Freizeitsee, Spaßbad, Straßenbau, Teilbebauung, um nur einige Projekte zu nennen. Parallel gab es schrittweise Bemühungen, sie ökologisch weiter aufzuwerten und zu mindestens in weiten Teilen unter Naturschutz zu stellen. Dies ist auch Zielrichtung der gegenwärtigen Ratsmehrheit.

All diese Bemühungen und selbst irgendwelche Überlegungen zu Freizeitnutzungen werden durchkreuzt von den Plänen der Deutschen Bahn (DB), eine neue ICE-Strecke durch die Aue zu führen.

Die Bielefelder Umweltverbände halten diese Neubaustrecke für inakzeptabel und fordern, die weiteren Planungen der DB auf die Bestandsstrecke zu konzentrieren:

1. In ersten Entwurfsskizzen zeigt die DB eine filigrane Brückenversion, die kaum Eingriffe in die Landschaft suggeriert. Solche Bilder geben jedoch in keiner Weise den baubedingten und dauerhaften Eingriff wieder, wie das Beispiel der Unstruth-Querung in Thüringen zeigt. Darüber hinaus ist auch völlig unklar, ob nicht aus Kostengründen statt einer Brücken- eine Dammlösung zum Zuge käme. In jedem Falle ist von einer weitestgehenden Zerstörung der Johannisbachaue auszugehen.
2. Die Eingriffe reichen jedoch weit über die Johannisbachaue und rein ökologische Fragestellungen hinaus: Die Trasse durchschneidet das Stadtgebiet im Nordosten, insbesondere die Ortsteile Brake und Milse.
3. Blickt man über die Stadtgrenzen hinaus, so ergeben sich derart starke Eingriffe in Stadt- und Ortsstrukturen, in Wasserwirtschaft, Natur, Landschaft und die landwirtschaftliche Nutzung, dass sich eine starke Regionalinitiative gebildet und ihre Forderungen in der so genannten „Herforder Erklärung“ formuliert hat. Der Umweltdezernent der Stadt Bielefeld hat diese Erklärung als Mitglied des Verwaltungsvorstands unterzeichnet. Der Rat der Stadt ist ihm nicht gefolgt und hat damit den Bemühungen um einen regionalen Konsens Schaden zugefügt.
4. In Beteiligungsterminen machen die Vertreter der DB immer wieder deutlich, dass sie im Auftrag der Bundespolitik agieren, um bis zum Jahr 2070 den so genannten „Deutschlandtakt“ umzusetzen. Somit sind auch die Bielefelder Mitglieder des Bundestages aufgerufen, sich zur Planung der neuen ICE-Strecke zu positionieren.

Deshalb fordern wir:

- 1. Der Rat der Stadt Bielefeld muss schnellstmöglich seine indifferente Haltung aufgeben, sich der regionalen Initiative gegen eine Neubaustrecke anschließen und die „Herforder Erklärung“ unterzeichnen.**
- 2. Die Bielefelder Kandidatinnen und Kandidaten für den nächsten Deutschen Bundestag erklären, dass sie sich gegen eine ICE-Neubastrecke und für die weiteren Planungen auf der Bestandsstrecke einsetzen werden.**
- 3. Nachdem der Regionalrat die Naturschutzausweisung der Johannisbachaue im Regionalplan zunächst blockiert hat, erklären Rat und Verwaltung, auf welchem Wege eine Schutzausweisung und eine weitere Naturschutzentwicklung der Johannisbachaue vorangetrieben werden.**

für die Umweltverbände:

Claudia Quirini-Jürgens (Naturwissenschaftlicher Verein für Bielefeld und Umgegend e.V.)

Dr. Jürgen Albrecht (NABU Bielefeld)

Jürgen Birtsch (BUND Kreisgruppe Bielefeld)

Martin Enderle (pro grün Bielefeld e.V.)